

Regierungspräsidium Gießen
Zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)

(Stand Januar 2023)

HESSEN



**Information zu einem Pilotprojekt auf Zulassung zur Abschlussprüfung
zur/zum Verwaltungsfachangestellten (VFA) gemäß § 43 Abs. 2 BBiG
im Rahmen einer Maßnahme in einer Bildungseinrichtung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie heute über ein Pilotprojekt in einem besonderen Zulassungsverfahren auf die Abschlussprüfung im Berufsbild „Verwaltungsfachangestellte“ informieren.

Das Berufsbildungsgesetz lässt neben der klassischen dualen Ausbildung oder dem nebenberuflichen Erwerb der Zulassungsreife auch die Form einer Ausbildungsmaßnahme in einer berufsbildenden Schule oder einer sonstigen Berufsbildungseinrichtung zu. Voraussetzung hierfür ist, dass dieser Bildungsgang weitgehend der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht.

Das Berufsförderungswerk Frankfurt am Main ist an uns herangetreten, um für einen nach Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) geförderten Personenkreis auch in Hessen die Möglichkeit zum Erwerb des VFA-Ausbildungsabschlusses auf diesem Wege zu schaffen.

Nach Ausarbeitung aller in § 43 Abs. 2 BBiG festgelegten Voraussetzungen und unter Beachtung der im SGB IX enthaltenen Förderbestimmungen konnte ein Konzept entwickelt werden, welches durch den Berufsbildungsausschuss für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte“ als Pilotprojekt genehmigt wurde.

Eckpunkte dieses Konzeptes sind:

- berufsbildbezogenes Auswahlverfahren;
- Vorbereitungsmaßnahme;
- 24-monatige Qualifizierung im Berufsförderungswerk in Kooperation mit dem Hessischen Verwaltungsschulverband;
- berufsbezogene Qualifizierung im Berufsförderungswerk (z. B. Einsatz von Dozenten aus der VFA-Praxis; Praxissimulation, auch mit praxisnahen Fachprogrammen);
- Vermittlung der Dienstbegleitenden Unterweisung (DU) entsprechend des offiziellen DU-Stoffplanes;
- Regelmäßige Teilnahme am Vorbereitungslehrgang auf die Abschlussprüfung der Verwaltungsfachangestellten beim Hessischen Verwaltungsschulverband
- 7 Monate „Betriebliche Phase“ (aufgeteilt in 3 Abschnitte zu 2, 2 und 3 Monaten) in einer durch die Zuständige Stelle anerkannten VFA-Ausbildungsbehörde.
- Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen durch die Zuständige Stelle nach dem BBiG;
- Teilnahme an der regulären Abschlussprüfung der „Verwaltungsfachangestellten“.

Dem Berufsbildungsausschuss und der Zuständigen Stelle ist bewusst, dass es sich um eine stark „komprimierte Ausbildung“ handelt, jedoch wird auch der hessenweite Personalbedarf im diesem Berufsbild immer deutlicher, so dass unter den zugesagten Rahmenbedingungen des Berufsförderungswerkes, dieses Projekt befürwortet wurde.

Unser Anliegen an Sie:

Eine gute Ausbildung lebt von den praktischen Phasen. Das Berufsförderungswerk nimmt daher Kontakt mit den Ausbildungsbehörden auf und bittet um Unterstützung.

Wir schließen uns diesem Anliegen an – Bitte stellen Sie für eine, zwei oder besser für alle drei praktischen Phasen (betriebliche Phasen) Plätze zur Verfügung und lernen Sie dabei eine ggfs. zukünftige Mitarbeiterin/einen ggfs. zukünftigen Mitarbeiter näher kennen.

Sie schließen mit der Teilnehmerin / dem Teilnehmer unter Beteiligung des Berufsförderungswerkes eine Vereinbarung über die „betriebliche/-n Phase/-n“ in der Behörde. Die „Betriebliche Phase“ wird unentgeltlich geleistet. Die Teilnehmenden erhalten weiterhin ihre Regelbezüge und sind berufsgenossenschaftlich durch das Berufsförderungswerk versichert.

Die Zuständige Stelle hat zur Durchführung der „betrieblichen Phasen“ in Anlehnung an den VFA-Ausbildungsplan Musterpläne erstellt. Ideal wäre eine aufbauende Durchführung:

1. Phase über 2 Monate im Schwerpunkt: „öffentliches Haushalts-/Finanzwesen“, „Beschaffung“ und ggfs. „Kommunalrecht“;
2. Phase über 2 Monate im Schwerpunkt: „Personalrecht/Personalmanagement“;
3. Phase über 3 Monate zur Vorbereitung auf die Praktische Prüfung im Schwerpunkt: „Fallbezogene Rechtsanwendung“

Die 2-monatigen „betrieblichen Phasen“ sind für die Zeiträume Mai/Juni und Oktober/November des 1. Maßnahmejahres geplant, die praktische Erarbeitung im Prüfungsfach „Fallbezogene Rechtsanwendung“ soll im Juli/August/September des 2. Maßnahmejahres stattfinden.

Während der „betrieblichen Phasen“ besuchen die Teilnehmenden an einem Tag pro Woche den Vorbereitungslehrgang beim Hessischen Verwaltungsschulverband. Im Zeitrahmen der Hessischen Schulferien soll der Teilnehmer „Erholungstage“ wahrnehmen, dies würde mit hoher Wahrscheinlichkeit die 3. Praktikumsphase mit 3 Wochen betreffen.

Für nähere Angaben zur Maßnahme und weitere Fragen steht Ihnen im Berufsförderungswerk Frankfurt am Main:

Herr Dragos Prusan (dragos.prusan@bfw-frankfurt.de, 06101/400-457)

gerne zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diese berufsinteressierten Personen unterstützen.

Ihr Team der
Zuständigen Stelle nach dem BBiG
beim Regierungspräsidium Gießen

Bitte beachten Sie:

Dieses Zulassungsverfahren steht jedem offen, welcher die Voraussetzungen erfüllen kann. Bisher ist allein das Förderungswerk Frankfurt am Main an uns herangetreten und konnte glaubhaft machen, dass es die Voraussetzungen erfüllen kann. Ob zu diesem Zeitpunkt Maßnahmen anderer Institutionen für die Zulassung zur Abschlussprüfung geeignet sind, ist uns nicht bekannt – ggfs. werden wir Sie erneut informieren. Sollten sich andere Einrichtungen bei Ihnen melden, teilen Sie uns dies bitte mit.